

Pressemitteilung

Gewalteskalation in Stahnsdorfer Gemeinschaftsunterkunft: Bündnis 90/Die Grünen fordern sofortige Schutzmaßnahmen und nachhaltige Lösungen

Stahnsdorf, 30. März 2026

In der Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Stahnsdorf ist es innerhalb einer Woche zu zwei gewalttätigen Übergriffen gekommen, die bei den Bewohner:innen tiefe Verunsicherung ausgelöst haben. Nach einem ersten Angriff am 22. März, bei dem mehrere Personen – darunter Frauen und Kinder – verletzt wurden, ereignete sich am vergangenen Sonntagabend ein weiterer Vorfall. Eine Gruppe mit mutmaßlich religiös-extremistischem Hintergrund versammelte sich vor der Einrichtung und griff Bewohner:innen an. Trotz einer Sicherheitskonferenz nach dem ersten Vorfall konnte die Unterkunft erneut zum Ziel externer Gewalt werden. Bereits im vergangenen Jahr war es zu einem rechtsextremistisch motivierten Übergriff gekommen; die damals geforderte Videoüberwachung wurde bis heute nicht umgesetzt.

Pia Reinhardt, Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Stahnsdorf, zeigt sich angesichts der wiederholten Eskalationen entsetzt: „Wer in unserem Land Schutz sucht, muss diesen auch erhalten. Gewalt, die sich gezielt gegen die Schwächsten richtet – insbesondere gegen Frauen und Kinder –, ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir verurteilen diese Angriffe auf das Schärfste und fordern, dass die Unterkunft endlich den Schutz erhält, den die aktuelle Lage erfordert. Dazu gehören nicht nur bauliche und personelle Sicherheitsvorkehrungen, sondern auch ein wirksames Konfliktmanagement, das Sprachbarrieren überwindet und bestehende Spannungen ernst nimmt.“

Die Grünen in Stahnsdorf engagieren sich seit Jahren ehrenamtlich in der Geflüchtetenhilfe und stehen im Austausch mit Bewohner:innen sowie dem Personal der Einrichtung. Nach dem ersten Vorfall wurden psychologische Unterstützungsangebote initiiert, deren Fortführung nun dringend geboten ist. „Besonders die Kinder in der Unterkunft tragen die physischen und psychischen Folgen dieser Gewalt. Sie brauchen jetzt gezielte Aufmerksamkeit, um Vertrauen zurückzugewinnen – in ihre Sicherheit und in die Möglichkeit, ein normales Leben zu führen“, betont Reinhardt.

Als Hintergrund der Eskalationen gilt ein seit Wochen schwelender Konflikt, der in unterschiedlichen religiösen Anschauungen wurzelt und durch die Einbindung gewaltbereiter Personen eskalierte. Ein zentraler Konfliktpunkt ist die erfolgreiche Integration einiger Familien, die fundamentalistischen Religionsausübungen entgegensteht. „Integration bedeutet für uns auch, unsere demokratischen Werte zu respektieren. Viele Bewohner:innen leben dies bereits vorbildlich. Wer sich jedoch nicht an diese Grundsätze hält, muss mit klaren Konsequenzen rechnen“, so Reinhardt. Gleichzeitig verschärft die anhaltende Wohnungsnot im Landkreis Potsdam-Mittelmark die Situation: Zahlreiche Geflüchtete verbringen Jahre in Gemeinschaftsunterkünften, ohne Perspektive auf ein eigenständiges Leben. „Hier muss die Landes- und Kommunalpolitik endlich handeln. Menschen brauchen Sicherheit und eine echte Chance auf Integration – nicht jahrelange Provisorien, die Konflikte nur verschärfen.“

Ortsverband Stahnsdorf

Pia Reinhard & Eric Schollbach
(Sprecher*innen)